

Hintergrund

EU-Richtlinie zur Energieeffizienz von Gebäuden

Gut fürs Klima, gut für die Wirtschaft, gut fürs Konto

Die EU will Gebäude effizienter machen und neue Arbeitsplätze schaffen, doch Deutschland scheut den Verwaltungsaufwand

Es ist eine Win-win-Situation wie aus dem Lehrbuch: Energieeffizientere Gebäude schonen das Klima, stärken die Wirtschaft und schaffen Arbeitsplätze. Trotzdem tut sich die Bundesregierung mit dem Vorschlag der EU-Kommission für eine ambitionierte Gebäuderichtlinie schwer. In den Verhandlungen sperrt sie sich gegen Kernpunkte des Gesetzes. Der Bundesrat würde die Novellierung am liebsten zwei Jahre lang aussetzen.¹

Hintergrund zur EU-Gebäuderichtlinie

„Die Bauindustrie ist in vielen Ländern der größte Arbeitgeber und Gebäude die Hauptverursacher des menschengemachten Klimawandels. Weltweit sind Gebäude für 30 bis 40 Prozent des gesamten Energieverbrauchs verantwortlich.“

Jeremy Rifkin, Ökonom und Berater der britischen Regierung

Am 14. Oktober 2009 sowie am 3. und 17. November verhandeln EU-Ministerrat, EU-Parlament und EU-Kommission die Neufassung der Gebäuderichtlinie (GEEG). Die schwedische Ratspräsidentschaft will eine Einigung bis zum 7. Dezember erzielen. Der Vorschlag der EU-Kommission, KOM(2008) 780,² stellt Energieeffizienzanforderungen an Neubauten und Renovierungen in den Mittelpunkt. Das Europäische Parlament fordert außerdem Fördergelder und eine Vorreiterrolle für öffentliche Gebäude.

Wird die Richtlinie so umgesetzt wie von der Kommission vorgeschlagen, senkt sie den CO₂-Ausstoß in Europa um rund fünf Prozent und schafft bis zu 450.000 direkte Arbeitsplätze im Baugewerbe.³ Wirtschaft und Bürger sparen mehrere Milliarden Euro Heiz- und Stromkosten. Die Abhängigkeit der EU von Energieimporten kann deutlich reduziert werden.

Das Potenzial liegt im Gebäudebestand

„CO₂-Gebäudesanierung spart Heizkosten und Energie, schützt das Klima und ist gut für die Bauwirtschaft. Die Verbindung dieser Vorteile macht die Gebäudesanierung zu einer zentralen Säule unserer Energiepolitik.“

Bundesminister Wolfgang Tiefensee

Eines der Hauptanliegen der neuen Gebäuderichtlinie ist, nicht nur neue, sondern auch bestehende Gebäude effizienter zu machen. Hausbesitzer sollen bei allen größeren Renovierungen auf Energieeffizienz achten. Nach der geltenden EU-Gebäuderichtlinie müssen allein Gebäude mit einer Nutzfläche über 1.000 Quadratmetern Energiestandards erfüllen. Drei Viertel aller Gebäude sind nicht einbezogen.

Während die deutsche Energieeinsparverordnung (EnEV) diese neuen Anforderungen bereits erfüllt, lehnt die Bundesregierung darüber hinausgehende Schritte ab. Unter anderem weist sie den Vorschlag zurück, Ziele für den Anteil an Niedrig- und Nullenergiehäusern im Gebäudebestand einzuführen, obwohl damit die Sanierungsrate erhöht werden könnte.

Die Sanierung von Gebäuden ist dreifach sinnvoll: Sie ist ein Konjunkturprogramm, ein Klimaschutzinstrument und spart den Bürgern Energiekosten. Mit dem deutschen CO₂-Sanierungsprogramm hat die Bundesregierung seit 2006 über eine Millionen Wohnungen energetisch verbessert. Die Bilanz: Über 220.000 Arbeitsplätze im Mittelstand und im Handwerk, 3,2 Millionen Tonnen weniger CO₂ und um mehr als eine Milliarde Euro niedrigere Heizkosten für die Verbraucher.⁴

Das Potenzial ist weiterhin groß. Drei Viertel der Wohngebäude wurden vor 1979 errichtet. Würden diese energetisch saniert, könnten die Verbraucher bis 2020 über 50 Milliarden Euro Heizkosten sparen. Konkret heißt das, dass in einem mit 30.000 Euro sanierten Einfamilienhaus pro Jahr rund 2.500 Euro Heizkosten eingespart werden könnten.⁵

Finanzierung ist das A und O

„Kein privater Eigentümer, der um seinen Arbeitsplatz fürchtet, wird investieren, wenn er keine zusätzlichen Anreize bekommt. Das gleiche gilt für die vielen verschuldeten Kommunen, deren Schulen, Bibliotheken und Verwaltungsgebäude dringend modernisiert werden müssen.“

Stephan Kohler, Geschäftsführer der Deutschen-Energie-Agentur (dena)

90 Prozent der Energieeffizienzmaßnahmen bei Gebäuden rentieren sich über die gesparten Energiekosten.⁶ Die hohen Anfangsinvestitionen hindern jedoch viele Hausbesitzer an einer energetischen Modernisierung. Es fehlt das nötige Eigenkapital. Die Zeit, in der sich die Investition bezahlt macht, ist für viele Eigentümer noch zu lang.

Eine finanzielle Förderung, etwa über Zuschüsse und zinsgünstige Kredite, ist eine der wichtigsten Bedingungen dafür, dass mehr Gebäude energetisch saniert werden. Das Europäische Parlament hat sich deshalb dafür ausgesprochen, dass jeder EU-Mitgliedstaat mindestens zwei Instrumente wählt, mit denen er CO₂-Sanierung finanziell fördert. Außerdem wollen die Abgeordneten einen Effizienzfonds einrichten und die Mehrwertsteuer für energieeffizientes Bauen senken. Die staatliche Investition würde sich dank der steigenden Steuereinnahmen und sinkender Sozialausgaben rechnen. Denn jede in den Gebäudebestand investierte Milliarde Euro sichert und schafft bis zu 25.000 Arbeitsplätze.⁷

Die Bundesregierung schließt trotzdem aus, finanzielle Anreize in der Richtlinie zu regeln. Sie möchte Fragen der Finanzpolitik national regeln und verweist auf bereits vorhandene Fördermittel. Dabei schätzen Experten, dass in Deutschland ein Investitionsbedarf von 30 bis 40 Milliarden Euro besteht.⁸

Öffentlicher Sektor könnte Beispiel geben

„Die Träger öffentlicher Gebäude sollten bei der Energieeffizienz mit gutem Beispiel vorangehen und die Empfehlungen des Energieausweises umsetzen. Das ist wirtschaftlich, rechnet sich über die gesparten Energiekosten und erhöht die Glaubwürdigkeit des Staates.“

Hubert Weinzierl, Präsident des Deutschen Naturschutzrings

Insbesondere bei Gebäuden, die nicht zum Wohnen genutzt werden, besteht ein hohes Einsparpotenzial. Das Europäische Parlament hat deshalb den Kommissionsvorschlag dahingehend ergänzt, dass öffentliche Gebäude mit gutem Beispiel vorangehen sollen. Schulen, Krankenhäuser, Stadtbibliotheken oder Jugendtreffs sollten die beiliegenden Empfehlungen des Energieausweises⁹ innerhalb seiner zehnjährigen Gültigkeit umsetzen. Das würde gewährleisten, dass die wirtschaftlichen Modernisierungsmaßnahmen nicht nur erhoben, sondern auch durchgeführt werden.

Deutschland tritt bei den Verhandlungen zur Gebäuderichtlinie auch gegen diese Neuerung ein.

Aus Sicht des Deutschen Naturschutzrings hat eine ehrgeizige Neuauflage der Gebäuderichtlinie gleich mehrere Vorteile für Deutschland. Höhere Effizienzstandards und der Ausbau von Fördergeldern für CO₂-Sanierung sparen Treibhausgase und schaffen Arbeitsplätze. Als Exportland von erneuerbaren Energien und Energieeffizienztechnologien profitiert Deutschland auch von einer stärkeren Regulierung in den Nachbarstaaten. Wenn die Bundesregierung Gebäudeeffizienz lieber national regeln will und in Europa wichtige Fortschritte blockiert, schadet sie Wirtschaft und Klima.¹⁰

Weiterführende Kontakte:

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Referat III C5

Wolfgang Stinglwagner, Referatsleiter
Telefon: (030) 3018615-2859
wolfgang.stinglwagner@bmwi.bund.de

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

Wolfgang Ornth, Referatsleiter
Telefon: (030) 2008-7211
wolfgang.ornth@bmvbw.bund.de

EU-Parlament

Silvia-Adriana Ticau, Berichterstatte
Telefon: +32 (0)2 2845838
silviaadriana.ticau@europarl.europa.eu

Deutscher Naturschutzring (DNR)

Maike Vygen/Stefanie Langkamp, Klimareferentinnen
Telefon: (030) 6781775-86
maike.vygen@dnr.de

Hauptverband der Deutschen Bauindustrie

Boris Engelhardt, Geschäftsführer
Telefon: (030) 21286232 (Sekretariat)
boris.engelhardt@bauindustrie.de

IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU)

Holger Bartels, Umweltsprecher
Telefon: (030) 24639310
holger.bartels@igbau.de

Verbraucherzentrale Bundesverband

Hyewon Seo, Referentin Nachhaltiges Bauen
Telefon: (030) 25800-440
seo@vzbv.de

Weiterführende Literatur:

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (o.J.): [CO₂-Gebäudesanierung. Heute die Energie für morgen sichern.](#)

McKinsey/Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) (2007): [Kosten und Potenziale der Vermeidung von Treibhausgasemissionen in Deutschland. Sektorperspektive Gebäude.](#)

Deutscher Naturschutzring (DNR) (2009): [Factsheet zur EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden.](#)

Deutscher Naturschutzring (DNR), Deutsche Umwelthilfe (DUH), Naturschutzbund (NABU) (2009): [Positionspapier zur EU-Richtlinie.](#)

Quellen:

- ¹ Bundesrat (2009): [Drucksache 49/09 \(Beschluss\).](#)
- ² EU-Kommission (2008): [EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden.](#)
- ³ siehe oben
- ⁴ BMVBS (2009): [CO₂-Gebäudesanierungsprogramme werden aufgestockt.](#)
- ⁵ BMVBS (2009): [Der CO₂-Gebäudereport: 50 Milliarden Euro Heizkosten bis 2020 einsparen.](#)
- ⁶ BDI Initiativ & McKinsey (2009): [Kosten und Potenziale der Vermeidung von Treibhausgasemissionen. Sektorperspektive Gebäude.](#)
- ⁷ BMVBS (2009): [Fakten - Die Kampagne zur CO₂-Gebäudesanierung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.](#)
- ⁸ BMVBS (o.J.): [CO₂-Gebäudesanierung: Heute die Energie von morgen sichern.](#)
- ⁹ DENA (2009): [Energieausweis für Nichtwohngebäude - Digitale Pressemappe.](#)
- ¹⁰ DNR (2009): [Factsheet zur Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden.](#)

Dieses Papier entstand im Rahmen eines durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und das Umweltbundesamt geförderten Projektes. Für die Inhalte sind ausschließlich die Autoren verantwortlich.

